

[View this email in your browser](#)

RT-ZA Infos zu Zentralamerika

Nr. 5 2022

1. Regional
2. Guatemala
3. El Salvador
4. Honduras
5. Nicaragua

Für den Newsletter anmelden? Feedback und Anregungen?

Gerne an: koordination@rt-za.de

1. Regional

Zentralamerikanische Integration: Der von Nicaragua nominierte Vertreter, Werner Vargas, wurde am 11. August zum Generalsekretär des Zentralamerikanischen Integrationssystems (SICA) für die nächsten vier Jahre gewählt. Die nicaraguanische Regierung hatte bereits zwei andere Kandidaten vorgeschlagen, die jedoch von den anderen Mitgliedsstaaten nicht unterstützt wurden. Die zentralamerikanische Position wurde am Freitag geändert, um Verzögerungen bei der Auszahlung der Projektmittel zu vermeiden.

Save-The-Date: Die Evangelische Akademie Bad Boll lädt in Kooperation mit Engagement Global, der Betriebsseelsorge Stuttgart und dem Forum der Kulturen zur Veranstaltung "Migration und Flucht am Beispiel von Zentralamerika" ein. Am Beispiel Mittelamerikas und mit internationalen Gästen sollen Fluchtursachen analysiert und Lösungsansätze diskutiert werden. [Hier zu weiteren Infos.](#)

Multimedia-Reportage: Die Christliche Initiative Romero (CIR) hat [eine interessante Multimedia-Publikation](#) über die Ursachen, Hintergründe und Folgen der Migration aus den Ländern Mittelamerikas veröffentlicht. "[Migration in Mittelamerika: Auf der Flucht vor Gewalt und Perspektivlosigkeit](#)" stellt mittels Text-, Audio- und Videobeiträgen die Erfahrungen von Betroffenen aus der Region dar.

Menschenrechtspreis an Zentralamerikaner*innen: Das Washington Office on Latin America (WOLA) wird dieses Jahr [drei von vier ihrer jährlichen Preise an Menschenrechtsverteidiger*innen in Guatemala und El Salvador](#) verleihen. Am 21. September wird die Institution die Maya-Achi-Frauen von Rabinal und die Maya-Q'eqchi-Frauen von Sepur Zarco in Guatemala für ihren langjährigen Kampf auszeichnen, um

Ombudsmann für Menschenrechte und [Hauptanklager im Fall des Massakers von El Mozote](#), das während des bewaffneten Konflikts in Salvador verübt wurde.

2. Guatemala

Pressefreiheit: Am 29. Juli, wurde José Rubén Zamora, Journalist, Chefredakteur und Gründer der guatemaltekischen Tageszeitung "El Periódico" festgenommen. Ihm werden Geldwäsche und Bestechung vorgeworfen. Die Anklage der Staatsanwaltschaft stützt sich ausschließlich auf die [Aussagen und Beweise eines einzigen Zeugen](#): Ronald García Navarajo, ehemaliges Vorstandsmitglied der Bank der Arbeiter (Bantrab), [der auch wegen Geldwäsche angeklagt wird](#). Am selben Tag wurde auch Samari Carolina Gómez Díaz, stellvertretende Staatsanwältin der FECl, aufgrund ihrer ["möglichen Beteiligung an Weitergabe vertraulicher Informationen"](#) festgenommen.

Die Polizei durchsuchte außerdem die Redaktionsräume der Zeitung. Der Guatemaltekische Journalistenverband (Asociación de Periodistas de Guatemala) [behauptete, dies sei ein Versuch, die nächste Ausgabe der Zeitung zu zensieren](#). El Periódico berichtet seit mehr als 20 Jahren über die Korruption in der guatemaltekischen Regierung.

Rechtskonservative Koalition: Die Partei Valor [kündigte für die Wahlen im kommenden Jahr eine Koalition](#) mit der rechtskonservative Partido Unionista an, die von Álvaro Arzú Escobar, dem ehemaligen Präsidenten des Kongresses, geführt und von seinem Vater Álvaro Arzú Irigoyen, dem ehemaligen Präsidenten Guatemalas, gegründet wurde.

Die bekannteste Figur von Valor ist Zury Ríos, Tochter des verstorbenen Diktators Efraín Ríos Montt, der 2013 des Völkermordes für schuldig befunden wurde. Ríos hatte bei den letzten beiden Präsidentschaftswahlen bereits versucht, zu kandidieren, was ihr jedoch [vom Verfassungsgericht nicht erlaubt wurde](#). Es wird erwartet, dass sie [bei den Wahlen 2023 erneut kandidieren wird](#).

Transnationaler Umweltaktivismus: Am 18. September findet in der guatemaltekischen Gemeinde Asunción Mita, nahe der Grenze zu El Salvador, [eine öffentliche Konsultation über die Weiterentwicklung der Mine Cerro Blanco](#) statt. Es handelt sich um ein Bergbauprojekt des kanadischen Unternehmens Bluestone, das laut Umweltverträglichkeitsstudien [bis zu 68 Millionen Tonnen Bergbauabfälle](#) in dem Gebiet verursachen könnte. Die Verschmutzung [droht auch über den Lempa-Fluss nach El Salvador zu fließen](#) und gefährdet damit die 1,5 Millionen Menschen, die mit diesem Wasser versorgt werden.

3. El Salvador

Tagen wurden laut offiziellen Angaben 50.000 Personen von den salvadorianischen Sicherheitskräften verhaftet. In diesem Zeitraum wurden mindestens 35 Häftlinge in den Gefängnissen getötet: Ihre Leichen wiesen Anzeichen von Folter auf. Die Online-Zeitung El Faro analysierte die Gerichtsakten von fast 700 Personen, die während des Ausnahmezustands inhaftiert wurden, und stellte Misstände, mangelhafte Ermittlungen und zahlreiche willkürliche Inhaftierungen fest.

Mangelnde Transparenz: Die salvadorianische Zivilpolizei (Policía Nacional Civil, PNC) erklärte die Zahl der Tötungsdelikte und der Opfer von gewaltsamen Verschwindenlassen als Verschlussache, obwohl Artikel 10 des Gesetzes über den Zugang zu öffentlichen Informationen (Ley de Acceso a la Información Pública, LAIP) festlegt, dass statistische Informationen öffentlich sind, und sie bisher immer zur Verfügung gestellt wurden.

Die Beobachtungsstelle für Menschenrechte der Universidad Centroamericana José Simeón Cañas (OUDH) analysierte 19 staatliche Einrichtungen und stellte fest, dass keine von ihnen das Gesetz über den Zugang zu öffentlichen Informationen einhält.

4. Honduras

Delegationsreise nach Honduras: Auf Initiative der HondurasDelegation reist eine kleine Gruppe von Menschenrechtsbeobachter*innen und Journalist*innen aus Deutschland an die Atlantikküste Honduras. Die Gruppe wird drei Wochen lang die afro-indigene Organisation OFRANEH (Organización Fraternal Negra de Honduras) in verschiedenen Garífuna-Gemeinden begleiten. Sie berichten regelmäßig über ihre Beobachtungen und Erlebnisse auf der Webseite der HondurasDelegation.

Buchvorstellung in Berlin: Am 18. Oktober wird das im April veröffentlichte Buch "Privatstädte – Labore für einen neuen Manchesterkapitalismus" in Berlin vorgestellt. Das Buch legt den Fokus unter anderem auf das honduranische Beispiel der sogenannten Sonderwirtschaftszonen (ZEDE) und die Rolle von deutschen Unternehmen in deren Errichtung und Weiterentwicklung. Zusammen mit der Journalistin Jutta Blume findet im Buchladen "Schwarze Risse" von 18 bis 20 Uhr eine Lesung mit dem Autor Andreas Kemper statt. [Weitere Infos.](#)

Multimedia-Publikation: Die Online-Zeitung El Faro hat [eine Reportage](#), [eine Kurzdokumentation](#) und [eine Fotogalerie](#) über den Widerstand der Garífuna-Gemeinde der Cayos Cochinos auf einer Gruppe von karibischen Inseln in Honduras veröffentlicht. Die Publikation stellt den Widerstand der Bevölkerung gegen Großunternehmer und sogar eine europäische Reality-Show dar. Von der [spanischsprachigen Publikation](#) gibt es eine [englische Übersetzung](#).

Weitere Angriffe auf die Pressefreiheit: Das Amt für Telekommunikation und Post (Instituto de Telecomunicaciones y Correos, Telcor) [hat die Sendelizenzen von drei Radiosendern der Familie des Journalisten und Unternehmers Aníbal Toruño aufgehoben:](#) Radio Sky, Radio Darío und Radio La Guarachera. Aufgrund [des Drucks und der Verfolgung durch die Regierung in den letzten Monaten](#) musste Toruño das Land verlassen und zum zweiten Mal seit den Massenprotesten von 2018 ins Exil gehen.

Nicaragua-US-Beziehungen: Die nicaraguanische Regierung [hat die Einreiseerlaubnis des von den USA nominierten Botschafters in Nicaragua, Hugo Rodríguez, zurückgezogen.](#) Die Entscheidung war eine Reaktion auf die scharfe Kritik des Diplomaten an der Ortega-Regierung während seines Anhörungsverfahrens im US-Senat. Rodríguez erklärte dafür zu sein, alle wirtschaftlichen und diplomatischen Mittel einzusetzen, [um einen Kurswechsel in Nicaragua zu erreichen.](#) Außenminister Denis Moncada bezeichnete die Kommentare des nominierten Botschafters in einem Brief an US-Außenminister Antony Blinken als ["einmischende und respektlose Äußerungen"](#).

Verfolgung der Kirche: Seit Anfang August wird gegen den Bischof Rolando Álvarez aus der Matagalpa-Diözese [wegen angeblicher Anstiftung zu Hass und Gewalt ermittelt.](#) Seitdem hindert die Polizei Álvarez daran, die Bischofsresidenz zu verlassen. Der Weihbischof der Erzdiözese Managua, Silvio Báez, [bezeichnete dies als eine "Entführung"](#). Am vergangenen Sonntag [verhaftete die Polizei auch den Priester Óscar Danilo Benavidez,](#) Pfarrer der Kirche Espíritu Santo in Mulukukú in der nördlichen Karibikküste.

Darüber hinaus hat die Regierung bereits [mehrere katholische Radio- und Fernsehsender geschlossen](#) und wirft ihnen vor, die Sender ohne Lizenz betrieben zu haben.
